

**Nach dem „Arabischen Frühling“:
Wie revolutionsresistent ist Saudi Arabien?
Analyse möglicher Konfliktpotenziale**



DOI-Kurzanalysen
Ausgabe Juni 2013

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Sham Jaff

Nach dem „Arabischen Frühling“: Wie revolutionsresistent ist Saudi Arabien?

Analyse möglicher Konfliktpotenziale

Zusammenfassung

Oberflächlich betrachtet wirkt das Königreich Saudi-Arabien politisch und wirtschaftlich stabil. Doch die bevölkerungsreichste Monarchie am Golf sieht sich vielen Herausforderungen und Risiken gegenüber. Im Verlauf des so genannten „Arabischen Frühlings“ kam es in fast allen Ländern des Golfkooperationsrates (GKR) zu Protestbewegungen und zu regionalpolitischen Instabilitäten in der direkten sowie indirekten Nachbarschaft des saudischen Königreichs. Um den Revolutionsexport in das eigene Land zu vermeiden, greift die Führungselite tiefer in die Tasche: So versucht Saudi-Arabien mithilfe extensiver Finanzzuwendungen regionalpolitische Sicherheit zu forcieren und die Hegemonialstellung gegenüber Iran weiter auszubauen.

Die sozialen Proteste, die im Jahr 2011 begannen, haben gleichzeitig auch die Forderungen der eigenen Bevölkerung nach Reformen, wie die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, sozialer und politischer Gleichbehandlung und der Schaffung von Arbeitsplätzen, immer lauter werden lassen. Die soziale Frustration wird von breiten Gesellschaftsschichten getragen, die politisch und sozial weitgehend marginalisiert werden: Frauen, Gastarbeiter, Schiiten und Teile der arbeitslosen Jugend. In ihrer Legitimation herausgefordert, reagiert die Regierung mit einer „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Politik im Sinne ihrer althergebrachten Rentierstaatsmentalität: 130 Milliarden Euro wurden seitdem für Erhöhungen von Gehältern für saudi-arabische Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Staatssektor und anderen Transferleistungen wie dem Bau von Wohnhäusern zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich bedarf das Königreich neuer Thronfolgeregelungen. Aufgrund der demographischen Überalterung der Führungselite unter den noch lebenden Söhnen des Staatsgründers Abd al-Aziz Ibn Saud scheint der Blick auf die Enkel-

generation naheliegend, um den Staat innenpolitisch zu stabilisieren und die politische Entscheidungsfähigkeit der Regierung weiterhin zu gewährleisten. Denn die Führungselite Saudi-Arabiens steht unter enormen finanziellen Druck: Die Generierung von Arbeitsplätzen im Staats- und Privatsektor für die überwiegend junge, arbeitslose und rapide wachsende einheimische Bevölkerung erweist sich als eine wesentliche Herausforderung für den saudischen Finanz- und Arbeitsmarkt.

Wird dem politischen Druck weitere Teile der weiblichen Bevölkerung zusätzlich nachgegeben, indem sie besser auf dem Arbeitsmarkt integriert werden, wird es der Wirtschaft ohne einen Strukturwandel kaum möglich sein, die Anzahl der Arbeitslosen zu absorbieren. So verringert sich die finanzielle Beweglichkeit des Staates und das Königshaus wird gezwungen sein, nachhaltigere Strategien zur Lösungsfindung als den bisher technokratischen Ansatz der Scheckbuchpolitik zu finden, um den verschiedenen Forderungen der einheimischen Bevölkerung Rechnung tragen zu können.

1. Einleitung

Seit Dezember 2010 hat sich die politische Landschaft im Nahen und Mittleren Osten grundlegend verändert: Festgefahrene politische Strukturen, die jahrzehntelang dominierten, wurden aufgebrochen. Im Laufe des Jahres 2011 kam es vor dem Hintergrund sozioökonomischer und politischer Missstände in fast allen arabischen Ländern zu Protesten, in vielen auch zu Massendemonstrationen. Nach den ersten Erfolgen der Revolten in Tunesien und Ägypten sind vor allem junge Menschen in nahezu allen arabischen Ländern ermutigt worden, sich aktiv an sozialen Protesten und Aufständen zu beteiligen.

Dementsprechend entfaltete der so genannte „Arabische Frühling“ eine nicht zu unterschätzende regionale Breitenwirkung und beeinflusste nicht nur die so genannten Transformationsländer Tunesien, Ägypten und Libyen, führte in Syrien zu einem Bürger-

krieg sowie im Jemen zu einem Regierungswechsel, sondern wirkte sich auch in unterschiedlicher Dimension auf die Golfmonarchien des GKR, bestehend aus Bahrain, Kuwait, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Saudi-Arabien aus. Allerdings nahmen die vom „Arabischen Frühling“ inspirierten Proteste in den arabischen Golfmonarchien unterschiedliche Formen und Ausmaße an. Zwar hatten die Initiatoren und ihre jeweiligen Forderungen der einzelnen Protestbewegungen nur wenige Gemeinsamkeiten, doch die Aufbruchstimmung aktivierte und beunruhigte auch die regierenden Herrscherhäuser in den meisten Golfstaaten. Die Reaktionen reichten von finanziellen Transferleistungen über minimale Reformprozesse bis hin zu repressiven Maßnahmen. Damit wird deutlich: Auch unterhalb der Schwelle eines Regimewechsels zeigen die Proteste, Aufstände und Revolten deutliche Auswirkungen auf die Herrschaftssysteme der arabischen Golfmonarchien. Deren Handlungsspielraum hat sich dadurch in gewisser Hinsicht reduziert, da sie stärker als bislang darauf angewiesen sind, die Legitimation ihrer politischen Herrschaft zu erklären und auch zu verteidigen. In diesem Zusammenhang wächst der Reformdruck, dem die Monarchen zumeist mit einer „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Politik begegnen.

Dies geschieht vor allem in der bevölkerungsreichsten Golfmonarchie Saudi-Arabien, wo das Königshaus der Al Saud durch den Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ in der Region in seiner Legitimation herausgefordert wurde. Oberflächlich analysiert wirkt das Königreich Saudi-Arabien politisch und wirtschaftlich stabil. Aktuelle Entwicklungen deuten jedoch auf Konfliktpotenziale hin, die der „Arabische Frühling“ zwar nicht hervorgebracht, aber deutlicher in Erscheinung treten lassen. Diese Konfliktpotenziale setzen sich einerseits aus Instabilitäten in der außenpolitischen Lage und Entwicklung, andererseits aus innenpolitischen Herausforderungen durch die Königsfamilie selbst, als auch durch seine verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammen. Diese Konfliktkonstellation soll anhand der verschiedenen Einflussgruppen erläutert werden.

2. Der „Arabische Frühling“ und Saudi-Arabien: Das Ausmaß der saudischen Reaktion

Seit 2011 kam es in Saudi-Arabien immer wieder zu Demonstrationen in mehreren Städten wie Jidda, der Hauptstadt Riad, Buraida sowie Qatif und Al-Awamiya in den östlichen Provinzen des Landes, an denen Teile der arbeitslosen Jugend, Frauen und Angehörige der schiitischen Minderheit teilnahmen. Auch in sozialen Netzwerken wie *Facebook* oder *Twitter* wurden politische Reformen gefordert, darunter die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, die Freilassung von politischen Häftlingen und die bessere Behandlung der schiitischen Minderheit.

Insbesondere die Aufstände in den Ostprovinzen des Landes, wie in Qatif und al-Ahsa, beunruhigten die sunnitische Königsfamilie der Al Saud. Nach Schätzungen gehört in der östlichsten Provinz des Landes die Hälfte der Bewohner zu der politisch und sozial stark diskriminierten Bevölkerungsgruppe der Schiiten. Diesen Kundgebungen und Versammlungen politischen Unmuts in der Gesellschaft trat das Königreich nicht nur mit Gewalt, Zensur und einem Demonstrationsverbot entgegen, sondern auch mit großzügigen finanziellen Alimentierungsmaßnahmen.¹ Dennoch halten die Proteste an. Im März 2013 nahm die Polizei in Buraida mehr als 170 Demonstranten fest, die gegen die unrechtmäßige Behandlung von Gefangenen protestierten. Fast zeitgleich wurden in der Ostprovinz des Landes Schiiten wegen Spionageverdacht inhaftiert.²

Die Ereignisse zeigen, wie nervös die saudische Führung auf die Proteste in der Region sowie vor allem im eigenen Land reagiert, da sie in einem schiitisch dominierten Aufstand eine ernste Gefahr für die eigene Machtlegitimität fürchtet. Die nationale Identität definiert sich exklusivistisch, separiert Andersgläubige und spaltet so die keineswegs homogene Bevölkerung, da das Königshaus „viel zu spät und zu unentschlossen begonnen hat, auf die Entstehung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls hinzuwirken.“³

¹ Vgl. „Die Königsfamilie zittert“ online unter <http://www.fr-online.de/aegypten-syrien-revolution/proteste-in-saudi-arabien-die-koenigsfamilie-zittert,7151782,7508668.html>, März 2011.

² Vgl. „Saudi-Arabien nimmt mehr als 170 Demonstranten fest“, online unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/politicker-saudi-arabien-nimmt-mehr-als-demonstranten-fest-1.1613841>, März 2013.

³ Steinberg, Guido: Ein Koloss auf tönernen Füßen, online unter http://www.de.qantara.de/wcsite.php?wc_c=3000, März 2011.

3. Herausforderungen

3.1 Instabilitäten in der Nachbarschaft

Während sich in Katar kaum regierungskritische Stimmen erhoben, demonstrierten in den VAE, Oman, Kuwait und Bahrain sowohl Staatenlose (arabisch: *bidun*), Arbeitsmigranten als auch Staatsbürger und forderten mehr politische Partizipation, bessere sozioökonomische Bedingungen, individuelle Freiheiten und religiöse Rechte, ohne jedoch einen radikalen politischen Wandel, einen Regimewechsel, zu verlangen. Omanische Staatsbürger forderten beispielsweise keinen Sturz der Regierung, sondern mehr Arbeitsplätze, höheren Lohn und eine stärkere Korruptionsbekämpfung. Arbeitsmigranten in den Emiraten demonstrierten dagegen für eine Verbesserung ihrer allgemeinen Lebenssituation.⁴

Um die nationale und regionale Stabilität und vor allem die eigene Machtposition zu sichern, versuchte insbesondere das saudische Königshaus, den Protestwillen mit Geld zu ersticken. Als Führungsmacht des GKR bemühte sich Saudi-Arabien früh um eine militärische Unterstützung der sunnitischen Minderheitsregierung in Bahrain gegen zunehmende Proteste der schiitischen Mehrheit des Inselkönigreichs.⁵ Die saudische Führung kündigte eine Politik der „eisernen Faust“ gegen die Demonstranten an, marschierte mit saudisch-arabischen Truppen in Bahrain ein und versprach der Herrscherfamilie für das nächste Jahrzehnt Unterstützung in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar.⁶ Weitere finanzielle Zusagen erfolgten gegenüber Oman und Jordanien, damit diese als enge Verbündete des Königshauses den Vorboten der Massenproteste einen Riegel vorschieben konnten.

Der Nachbarstaat Jemen stellt eine weitere, viel unmittelbarere Bedrohung dar. Die Opposition ist hoffnungslos gespalten und die Machtverschiebung tendiert zu einer Übernahme der Regierung durch militante Islamisten mit Verbindungen zu al-Qaida. Zwar dürfte Saudi-Arabien der größte finanzielle

Geber des Jemen sein, aber Geld allein reicht nicht aus, da sich die Konfliktlinien zu komplex gestalten, um durch Finanzzuwendungen befriedet zu werden. Tatsächlich befindet sich das Land am Rand des politischen und sozialen Chaos.

Heute sieht sich die saudische Bevölkerung 20 Millionen Jemeniten gegenüber, die „hungrig, bewaffnet und neidisch auf den saudischen Reichtum über die Grenze schauen.“⁷ Im Falle eines Bürgerkriegs im Jemen wird es dem Königreich Saudi-Arabien nur schwer gelingen, eventuelle Spill-Over-Effekte abzuwehren. Um mögliche Übergriffe auf saudisch-arabisches Territorium zu verhindern, wird seit Anfang April 2013 eine 1.800 km lange Schutzmauer an der saudisch-jemenitischen Grenze erbaut.⁸

Über die Grenzen hinweg herrschen zudem weitere Instabilitäten. Der Hegemonialkonflikt mit dem schiitischen Iran bestimmt seit Jahrzehnten die außenpolitischen Bestrebungen Saudi-Arabiens. Die Eindämmung des iranischen Hegemonialstrebens nicht nur in der Golfregion, sondern auch in den palästinensischen Gebieten, im Libanon, im Irak und vor allem in Syrien ist zum wichtigsten regionalpolitischen Ziel Saudi-Arabiens geworden. Es ist vor allem die Kombination der Ansprüche Irans – die tiefgreifende Beeinflussung arabischer Schiiten, der Ausbau des Atomprogramms und die zunehmend aggressive Rhetorik des Noch-Präsidenten Mahmud Ahmadinejads – die Riad zu einer aktiveren Regionalpolitik drängt. Kulturell-konfessionelle Aspekte verstärken die saudisch-arabischen Bedrohungsängste weiterhin. Dies lässt sich auch deutlich am Konflikt in Syrien beobachten: Die Waffenlieferungen Saudi-Arabiens an die syrischen Rebellen sind als Gegengewicht zur Unterstützung des iranischen Regimes für Bashar al-Assad zu werten.

3.2 Neue Thronfolgeregelungen

In Anbetracht dieser regionalen Unbeständigkeiten ist es sinnvoll, die Innenpolitik des Kö-

⁴ Vgl. Niethammer, Katja: Ruhe und Revolutionsversuche: Die kleinen Golfmonarchien im Arabischen Frühling, in: Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, online unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S27_ass_ks.pdf Oktober 2011, S. 14.

⁵ Vgl. Louer, Laurence: A failed uprising in Bahrain, Paris: European Union Institute for Security Studies, Mai 2011, online unter http://www.iss.europa.eu/uploads/media/A_failed_uprising_in_Bahrain.pdf.

⁶ Vgl. Haykel, Bernard: Saudi-Arabien sorgt mit Geld und Polizei für Ruhe, online unter <http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article13554047/Saudi-Arabien-sorgt-mit-Geld-und-Polizei-fuer-Ruhe.html>, August 2011.

⁷ Ebd.

⁸ "Saudi Arabia builds giant Yemen border fence", online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22086231>, April 2013.

nigreichs näher zu analysieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Thronfolgeregelung des Königreichs Saudi-Arabien, die aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Söhne des Staatsgründers Ibn Saud immer wieder Grund zur öffentlichen Debatte ist. In Saudi-Arabien wird die Thronfolge seit dem Tode Ibn Sauds 1953 unter den noch lebenden, aber durchweg greisen 43 Söhnen ausgemacht. Innenpolitische Konstanz garantiert eine stabile Staatsführung. Diese könnte allerdings dadurch gefährdet werden, dass das hohe Alter der Prätendenten zu einer schnellen Abfolge von Herrschaftszyklen führen könnte. Demnach hat sich unter den noch lebenden Söhnen das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Instanz zur friedlichen Nachfolgelösung etabliert. Eine Nachfolgekommission wurde 2007 gegründet, um – im Falle von Tod, Krankheit und Unzurechnungsfähigkeit des Königs und des Kronprinzen – einen problemlosen und schnellen Machtwechsel zu ermöglichen. Dieses erlaubt theoretisch auch die Benennung eines Enkels von Ibn Saud zum Thronfolger. Jedoch wurde trotzdem das bisher gängige Verfahren der Thronfolgerbestimmung beibehalten.⁹

Der mittlerweile 89-jährige Abdullah bin Abd al-Aziz Ibn Saud, seit 2005 offiziell König, hat seinen Halbbruder Salman bin Abd al-Aziz erkoren, nachdem die eigentlichen Thronfolger Sultan bin Abd al-Aziz zu seinem Nachfolger und Naif bin Abd al-Aziz al-Saud kurz nacheinander gestorben waren.¹⁰ Prinz Muqrin bin Abd al-Aziz Al Saud wurde zum zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt – ein Amt, das traditionellerweise vom dritten Thronfolgekandidat bekleidet wird. Der 69-jährige Prinz Muqrin ist der jüngste überlebende Sohn des Staatsgründers Ibn Saud und der Halbbruder des jetzigen Herrschers. Die Thronfolgeregelung scheint somit vorerst konservativ gelöst worden zu sein. Gerüchte um den vermeintlichen klinischen Tod König Abdullahs im November 2012 und Kronprinz Salmans momentane schlechte gesundheitliche Verfassung jedoch unterstreichen das Ar-

gument vieler im Königreich, dass es neuer Thronfolgeregelungen bedürfe. So hat die Konkurrenz zwischen einzelnen Flügeln der stetig wachsenden Herrscherfamilie zugenommen und die Enkelgeneration drängt auf mehr Einfluss und politische Führung. Obwohl das Königshaus ein indigenes Interesse daran zeigt, sich als geeinte und harmonisch agierende Familie zu präsentieren, geschieht es immer häufiger, dass „Konflikte unter den Prätendenten der Enkelgeneration in den letzten Jahren immer offener zutage treten.“¹¹

So muss nicht allein aus demographischen sondern auch aus stabilitätssichernden Aspekten die Enkelgeneration des Staatsgründers in naher Zukunft mehr politischen Einfluss erlangen. Das Bewusstsein dafür scheint sich mittlerweile auch institutionell etabliert zu haben: So besetzten im Laufe der letzten Monate die Enkel Ibn Sauds wichtige Posten in der Regierung, was zum Beispiel die Ernennung des Innenministers Prinz Mohammed bin Naif bin Abdulaziz¹², Sohn des verstorbenen Kronprinzen Naif, zeigte. Das Amt des Gouverneurs der Hauptstadt Riad bekleidet seit Anfang Februar 2013 der 62-jährige Khalid bin Bandar bin Abdulaziz, ebenfalls ein Enkel von Ibn Saud. Auch diese Personalentscheidung scheint die Absicht des Königs zu verdeutlichen, einen Übergang zur nächsten Generation schaffen zu wollen.¹³ Denn ohne eine grundsätzliche Erneuerung der Thronfolgeregelung „könnte die Führungsschwäche zunehmend zum Problem werden.“¹⁴ Immerhin könnte ein „Dinosaurier-Effekt“, also das schnelle und rasch aufeinander folgende Ableben greiser Monarchen, die politische Entscheidungsfähigkeit des saudischen Königshauses unterminieren.

3.3. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen

3.3.1 Schiiten

Der Umgang mit konfessionellen Minderheiten genießt aus Stabilisierungsgründen der eigenen Legitimation für das saudische Kö-

⁹ Vgl. Steinberg, Guido: Thronfolge in Saudi-Arabien, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, online unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A53_sbg_ks.pdf, November 2011.

¹⁰ Vgl. Steinberg, Guido: Vor dem Machtwechsel. Zur Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, online unter <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/vor-dem-machtwechsel-zur-nachfolgeregelung-in-saudi-arabien.html>, Februar 2013.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. „Saudi Arabia’s king appoints new interior minister“ online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-20209276>, 5. November 2012.

¹³ Vgl. Barden, Andrew J.: Saudi Minister puts young royals in succession spotlight, online unter <http://www.bloomberg.com/news/2013-02-14/saudi-minister-puts-young-royals-in-succession-spotlight.html>, 14. Februar 2013.

¹⁴ Vgl. Steinberg, Guido: Vor dem Machtwechsel. Zur Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, online unter <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/vor-dem-machtwechsel-zur-nachfolgeregelung-in-saudi-arabien.html>, Februar 2013.

nigshaus hohe Priorität. Immerhin stellen die Schiiten 10-15% der saudi-arabischen Bevölkerung, werden jedoch vom saudischen Wahhabismus, einer konservativ-puristischen Lesart des sunnitischen Islams, denunziert, marginalisiert und isoliert. Für tief gläubige Wahhabiten gelten Schiiten gar als Ungläubige. Diese antischiitische Politik durchdringt die religiös verbrämte saudische Propaganda seit Jahrzehnten, in der ideologischen Ausrichtung gar seit Jahrhunderten.

Erst im Rahmen eines vom König eingerichteten Nationalen Dialogs wurde 2003 inoffiziell die religiöse Vielfalt unter den Muslimen des Landes anerkannt, nachdem man zuvor die Schiiten oft als Nichtmuslime betrachtete. Berichte zur Menschenrechtslage in Saudi-Arabien weisen dennoch auf die institutionelle Einschränkung bis hin zum Verbot der Religionsausübung der schiitischen Glaubensausrichtung hin. Der Bau von schiitischen Moscheen und religiöse Zeremonien wie das Ashura-Fest werden bereits seit Jahrzehnten verhindert. Auch schiitischer Religionsunterricht ist an den Schulen des Landes verboten. Politisch eingeschränkt sind Schiiten zusätzlich aufgrund des fehlenden Schutzes vor Diskriminierung vor Gericht, ihrer fehlenden Repräsentanz im Shura-Rat und in der hohen Diplomatie.¹⁵

Die meisten saudischen Schiiten leben in der ölreichen Ostprovinz. Dort sollen sie nach offiziellen Angaben 30-50%¹⁶ der Bevölkerung ausmachen. In der Hauptstadt der Ostprovinz Qatif verfügt die schiitische Opposition über enormen gesellschaftlichen Rückhalt, ist breit aufgestellt und konnte Organisationsstrukturen aufbauen, die schnell und flexibel Demonstrationen realisieren können.¹⁷

3.3.2 Frauen

Ein weiteres zentrales Thema in der Bevölkerungspolitik ist die bereits angesprochene Problematik des Geschlechterverhältnisses.

Zwar hat sich in den vergangenen Jahren die Situation der Frauen schrittweise verbessert, da immer mehr Absolventinnen den Weg auf den Arbeitsmarkt finden und erfolgreich auf diesem mit männlichen Arbeitskräften konkurrieren. Eine steigende Zahl von Aktivistinnen engagiert sich bewusst zugunsten einer künftigen rechtlichen und politischen Gleichstellung und einem besseren Zugang zum Arbeitsmarkt.

Dennoch besteht eine beträchtliche Differenz zwischen dem exzellenten Bildungsniveau vieler Frauen, die über ein abgeschlossenes Studium verfügen, und den mangelnden Arbeitsmöglichkeiten in ihrem hoch qualifizierten Bereich.¹⁸ Saudi-Arabien muss nach wie vor als geschlechtergetrennte Gesellschaft beschrieben werden, in der Frauen rechtlich, gesellschaftlich und politisch benachteiligt werden. Hinzu kommt, dass der saudi-arabische Arbeitsmarkt, derzeit noch weitgehend von Männern dominiert, mit einer zunehmenden Gleichberechtigung für Frauen jährlich 400.000 Arbeitsplätze schaffen müsste, um den Bedarf an Arbeitskräften zu absorbieren. Dies ist auch für das ressourcenreiche Saudi-Arabien nur schwer zu realisieren.¹⁹

Allerdings hat sich der soziale, wirtschaftliche und politische Einfluss saudi-arabischer Frauen in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet. Immerhin entschied der König im letzten Jahr, 30 Frauen einen Sitz im so genannten Shura-Rat zu gewähren.²⁰ Dieses Konsultativgremium erlaubt den Mitgliedern, Gesetzesvorschläge einzureichen, über welche jedoch nur der König die finale Entscheidungsgewalt besitzt. Auch das Fahrverbot für Frauen wird mittlerweile sehr intensiv diskutiert: Neue Petitionen wurden im Rat eingereicht, die dieses Thema wieder zum Gegenstand von öffentlichen Diskussionen machen²¹, was die Wahrnehmung der Frauen als mögliche Initiatoren von gesellschaftlichem Wandel und politischer Reform stärkt, das patriarchalisch-traditionelle Bild der Ge-

¹⁵ Vgl. Human Rights Watch: Denied Dignity, online unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/saudi0909webw-cover.pdf>, September 2009.

¹⁶ Vgl. Steinberg, Guido: Saudi-Arabien. Politik, Geschichte, Religion, München 2004, S. 144.

¹⁷ Vgl. Erlich, Reese: Shia Muslims in Saudi Arabia keep the protest movement alive, online unter <http://www.globalpost.com/dispatch/news/regions/middle-east/saudi-arabia/130315/shia-muslims-saudi-arabia-protest-movement>, 18. März 2013.

¹⁸ Aluwaisheg, Abdel Aziz: Saudi employment and gender gap, online unter <http://www.arabnews.com/saudi-employment-and-gender-gap>, 3. Februar 2013.

¹⁹ Vgl. Thomson, Mark C: Saudi Youth: Challenges for the Future, in: *Orient IV/2012*, S.35.

²⁰ "Saudi Arabia king swears in first women on Shura Council", online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-21516955>, 20. Februar 2013.

²¹ King, Neil: Saudi Arabia could discuss issue of women drivers, online unter <http://www.arabianbusiness.com/saudi-arabia-could-discuss-issue-of-women-drivers-493510.html>, 18. März 2013.

schlechtertrennung herausfordert und Spielraum für soziales Engagement von saudi-arabischen Frauen bietet.

3.3.3 Jugend und Gastarbeiter

Bei einem Durchschnittsalter von 25,3 Jahren und einem Anteil von 31% der Bevölkerung unter 15 Jahren stellt die derzeitige inoffizielle Jugendarbeitslosigkeit von 30% eine besonders gravierende Herausforderung für das Königreich dar.²²

Die soziale Frustration über den Mangel an Jobs steigt: Bei Protesten und Demonstrationen spielen demnach sozioökonomische Forderungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Affinität der Jugend zu den sozialen Medien ist in Saudi-Arabien besonders ausgeprägt und trägt maßgeblich zu einer verstärkten Politisierung ihrer Unzufriedenheit bei. Mit einer erhöhten Präsenz und Aktivität im Internet ist die junge saudi-arabische Generation hochgradig vernetzt: Bereits 2009 überstieg die Anzahl der Mobiltelefone die Bevölkerung um mehr als das Doppelte, im Dezember 2011 betrug die Zahl der Internetanschlüsse 13 Millionen, sechs Millionen nutzten *Facebook*.²³ 2010 stieg die Zahl der *Twitter*-User um 440%, während der weltweite Durchschnitt bei einem 95%-igen Wachstum lag.²⁴

Traditionell wird jedoch der Arbeitsmarkt, vor allem im Privatsektor, von ausländischen Gastarbeitern bestimmt, während saudi-arabische Arbeitskräfte zumeist im öffentlichen Dienst tätig sind. Seit dem Ölboom der 1970er Jahre importierte die Regierung große Zahlen ausländischer Arbeiter für schnell wachsende Bereiche der Industrie wie Energie und Bau, aber auch für den immer größer werdenden Dienstleistungssektor. Dies schien insofern notwendig, da für die meisten saudi-arabischen Staatsangehörigen Arbeitsplätze in der manuellen Industrie oder im Servicebereich unattraktiv sind und zumeist

deutlich schlechter bezahlt werden als eine Anstellung im öffentlichen Dienst. Die saudische Regierung versucht bereits seit vielen Jahren, mit ihrer Politik der Saudisierung des Arbeitsmarktes anhand von Quotenregelungen den Anteil saudi-arabischer Arbeitskräfte im Privatsektor zu erhöhen. Jedoch erzielte sie bislang nur minimale Erfolge. Während der Anteil einheimischer Arbeitskräfte nur 10% im Privatsektor beträgt, sind 95% aller im Staatsektor Beschäftigten saudi-arabische Staatsangehörige. Die großen Lohnunterschiede zwischen saudi-arabischen Arbeitskräften und Gastarbeitern bei zumeist gleicher Tätigkeit gestalten eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit jedoch ebenfalls schwierig. Einheimische Arbeitnehmer stellen größere Erwartungen an Lohn, Arbeitnehmerrechte und Jobflexibilität. Diese Kultur der Anspruchshaltung, die den sozioökonomischen Herausforderungen entgegensteht, erschwert dem saudischen Königshaus umso mehr Reformen am Arbeitsmarkt.²⁵ Gelingt es Saudi-Arabien in naher Zukunft nicht, den Arbeitsmarkt für saudi-arabische Arbeitskräfte deutlich zu erweitern, attraktiver zu gestalten und das Anspruchsdenken zu senken, droht die Arbeitslosigkeit und möglicherweise damit die soziale Frustration zu steigen.²⁶

3.4 Sozioökonomische Finanzierbarkeit

Saudi-Arabien ist eine wesentlich durch Öl-Exporte finanzierte absolute Monarchie. Der Staat wird nicht durch Steuerzahlungen aus der Bevölkerung finanziert; vielmehr erhält diese umfassende Wohlfahrtsleistungen vom Staat selbst. Dieses Rentensystem, die Alimentierung der Untertanen durch soziale Transferleistungen und Steuerbefreiung, soll die Loyalität der gesellschaftlichen Mehrheit zum Königshaus sichern.²⁷ Die bisher geschilderten, aktuellen wirtschaftlichen, demografischen und kulturellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass diese finanzielle Kapazität und ihre politische Instrumentalisierung zunehmend eingeschränkt werden.

²² Vgl. Sons, Sebastian: Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, Überalterung als Reformdruck?, *DOI-Kurzanalyse*, online unter http://www.deutsches-orient-institut.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,126/lang,de/, Juli 2012.

²³ Vgl. Internet World Stats, Saudi Arabia 2012, online unter <http://www.internetworldstats.com/middle.htm#sa>.

²⁴ Vgl. Atwood, Ted: Twitter usage rockets in conservative Saudi Arabia, online unter <http://www.arabianbusiness.com/twitter-usage-rockets-in-conservative-saudi-arabia-371485.html?tab=Article>, 5. Januar 2011.

²⁵ Vgl. Hertog, Steffen: A comparative assessment of labor market nationalization policies in the GCC, London: London School of Economics Research, online unter <http://www.eprints.lse.ac.uk/46746/1/A%20comparative%20assessment%20of%20labor%20market%20nationalization%20policies%20in%20the%20GCC%28Isero%29.pdf>, November 2012.

²⁶ Vgl. Sons, Sebastian: Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, Überalterung als Reformdruck?, *DOI-Kurzanalyse*, online unter http://www.deutsches-orient-institut.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,126/lang,de/, Juli 2012.

²⁷ Vgl. Commins, David: *The Gulf States, A Modern History*, New York 2012, S. 299.

Als absolutistischer Monarch, Premierminister und Oberbefehlshaber des Militärs konzentriert König Abdullah seit 2005 alle Macht in seiner Person. Er führt die Regierungsgeschäfte, erlässt die Gesetze und entscheidet über die wichtigsten Fragen im Königreich. Dennoch wird die Macht des Königs vor allem durch das Bündnis mit dem wahhabitischen Establishment und den verschiedenen Interessen der Königsfamilie eingeschränkt. Weiterhin erhöhen die sozioökonomischen Herausforderungen wie die steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Bevölkerung den Druck auf das Königshaus, soziale Ungleichheiten mit Transferleistungen auszugleichen, was die Ausgaben drastisch erhöht.

Dies zeigte sich signifikant in den letzten beiden Jahren. Die Reaktion Saudi-Arabiens auf den „Arabischen Frühling“ war wie erwartet. Um die Legitimation ihrer Macht zu stärken, wendete sich das Königshaus schnell und konzentriert der Bevölkerung und ihren Anliegen zu. Soziale Krisen im Königreich werden für gewöhnlich mit einer extensiven Scheckbuchpolitik beantwortet. Die Antwort des saudischen Königshauses auf die Proteste des „Arabischen Frühlings“ 2011 war nicht anders. Überraschend hoch war jedoch die Geldsumme von 130 Milliarden Euro, die für die Erhöhung von Staatsgehältern und anderen Transferleistungen sofort zur Verfügung gestellt wurde.²⁸ Mit dem Bau von 500.000 Wohnhäusern wird das Problem des Wohnraum Mangels angegangen.²⁹ Des Weiteren versucht das Königshaus, die Arbeitslosigkeit mit der Schaffung von 60.000 zusätzlichen Jobs im öffentlichen Sektor und einem festgelegten Mindestlohngehalt von 3.000 SAR (ca. 610 Euro)³⁰ zu senken.³¹

Besonders die Generierung von Arbeitsplätzen erweist sich bei der rapide wachsenden

Nachfrage als wesentliche Herausforderung für den saudischen Finanz- und Arbeitsmarkt. So wird geschätzt, dass 45% der Staatsausgaben bereits für Lohnauszahlungen an Beamte verwendet werden. Dadurch vergrößert sich die Verpflichtung auf Einhaltung dieser Staatsausgaben, womit sich die finanzielle Beweglichkeit des Staates verringert. Demzufolge steht die saudische Regierung unter enormem Druck, die Arbeitsplätze für Einheimische im Privatsektor auszuweiten. Noch verfügt dieser jedoch nicht über genügend Attraktivität, um diesem Trend entgegenzusteuern. Der von ausländischen Arbeitern dominierte Privatsektor stellt acht Millionen Jobs und somit eine größere Kapazität zur Verfügung als der öffentliche Dienst. Mit einem Durchschnittsgehalt von 1.000 SAR (ca. 200 Euro) aber erweist sich diese Option für viele saudische Arbeitssuchende als äußerst unattraktiv. Weniger als einer von zehn saudischen Arbeitskräften ist im privaten Sektor tätig.³²

Zur bereits existierenden hohen Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit im Land addiert sich das demographische Problem: durch das immer noch recht hohe Bevölkerungswachstum Jedes Jahr drängen insgesamt 200.000 neue arbeitsfähige Männer auf den Arbeitsmarkt. Wird dem politischen Druck der Frauen zusätzlich nachgegeben und der Zugang zum Arbeitsmarkt für sie erleichtert, könnte sich diese Zahl jährlich verdoppeln. Ohne einen Strukturwandel der Wirtschaft wird es weder dem öffentlichen noch dem privaten Sektor möglich sein, die Anzahl der Arbeitssuchenden aufzufangen.³³ Diese Asymmetrie zwischen massiver Nachfrage und begrenztem Angebot von Arbeitsplätzen zwingt die Regierung, mehr für den öffentlichen Sektor als für die Finanzierung von sozialen Investitionsprojekten auszugeben.³⁴

²⁸ Vgl. Hertog, Steffen: The costs of counter-revolution, online unter http://www.mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/05/31/the_costs_of_counter_revolution_in_the_gcc, März 2011.

²⁹ Zainab, Fattah: Saudi Arabia's Affordable Housing Shortage, online unter <http://www.businessweek.com/articles/2013-03-28/saudi-arabias-affordable-housing-shortage>, 28. März 2013.

³⁰ Vgl. Hertog, Steffen: The costs of counter-revolution, online unter http://www.mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/05/31/the_costs_of_counter_revolution_in_the_gcc, März 2011.

³¹ Ähnliche Maßnahmen wurden auch in den anderen GKR-Staaten eingeleitet: Mehr als 10% des Bruttoinlandsprodukts der Golfstaaten im Jahr 2011 wurden für nationale soziale Projekte ausgegeben. Vgl. Colombo, Silvia: The GCC countries and the Arab Spring, Rom: Istituto Affari Internazionali (IAI), online unter: <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiw1209.pdf>, März 2012.

³² Vgl. Knickmeyer, Ellen: Saudi-Arabien greift hart gegen Gastarbeiter durch, online unter <http://www.wallstreetjournal.de/article/SB10001424127887323296504578398433707211550.html>, 2. April 2013.

³³ Vgl. Hertog, Steffen: A comparative assessment of labor market nationalization policies in the GCC, London: London School of Economics Research, online unter <http://www.eprints.lse.ac.uk/46746/1/A%20comparative%20assessment%20of%20labor%20market%20nationalization%20policies%20in%20the%20GCC%28sero%29.pdf>, November 2012.

³⁴ Vgl. Colombo, Silvia: The GCC countries and the Arab Spring, Rom: Istituto Affari Internazionali (IAI), online unter <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiw1209.pdf>, März 2012.

4. Schluss und Ausblick

Das saudische Königshaus steht vielen Herausforderungen gegenüber. Im Zuge des „Arabischen Frühlings“ artikulierten auch in den wohlhabenden Golfmonarchien breite Gesellschaftsschichten ihre soziale und politische Unzufriedenheit. Die regionale Instabilität durch die volatile Situation in Syrien, Bahrain und dem Jemen beunruhigt das saudische Königshaus, welches um seinen Einfluss und seine politische Macht fürchtet.

Die Forderungen sind mannigfaltig und schließen Elemente wie die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, die Freilassung von politischen Inhaftierten, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die bessere Behandlung der schiitischen Minderheit ein. Getragen wird die politische und soziale Kritik von unterschiedlichen gesellschaftlichen Fraktionen, die sich nicht selten sehr skeptisch gegenüber stehen. Schiiten, Frauen und die Jugend sind sicherlich die einflussreichsten Akteursgruppen, welche versuchen, Reformen einzufordern, mehr politischen Einfluss zu erlangen und zivilgesellschaftlich tätig zu werden. Allerdings verlangt bislang niemand dieser Akteure den Sturz der Al Saud. Die Reaktion des Königshauses fiel erwartungsgemäß aus: Eine Kombination aus finanziellen Transferleistungen, politischen (Schein-)Reformen und Repression gegen kritische Akteure sollte die Loyalität zum Königshaus sichern, die Stabilität wahren und die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ abschwächen.

Es zeigt sich jedoch, dass ein auf Öleinnahmen beruhendes Alimentierungssystem innenpolitische Opposition und gesellschaftliche Unruhe auf Dauer nur schwer verhindern kann. Stattdessen wird das Königshaus in Zukunft gezwungen sein, politische Reformen umzusetzen, die der Heterogenität der gesellschaftlichen Partikularinteressen Rechnung tragen, indem die weibliche Bevölkerung verstärkt als produktiver Teil der saudiarabischen Gesellschaft wahr und die Probleme der Jugend ernst genommen werden. Der bisher technokratische Ansatz der Lösungsfindung seitens der Regierung, anhand weitreichender Finanzaufwendungen gesellschaftliche Akzeptanz zu erkaufen, muss langsam, aber sicher besonders soziale Herausforderungen wie den Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit berücksichtigen. Die finanzielle Kapazität und ihre politische Instrumentalisierung haben in der Vergangenheit zwar erfolgreich geholfen, Unruhen zu unterbinden.

Mit einer global und interaktiv vernetzten selbstbewussten Gesellschaft, die sich der jahrzehntelangen Vernachlässigung und Diskriminierung bewusster geworden ist, scheint diese Option der Konfliktlösung jedoch in der Zukunft weniger sinnvoll zu sein. Um diesen verschiedenen Herausforderungen und Risiken erfolgreich entgegenwirken zu können, muss der Gesellschaftsvertrag nachhaltig umformuliert und eine klare Wachstums- und Investitionsstrategie zu einer besseren sozioökonomischen Finanzierbarkeit entwickelt werden, die einen Übergang zur Post-Öl-Politik erleichtern könnte.

Literaturverzeichnis

- ABDULKHALEQ ABDULLA: Die Golfregime verweigern sich dem politischen Wandel, online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/Golfstaaten-Reform/komplettansicht>, 21. Juni 2011, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- ALUWAISEH, ABDEL AZIZ: Saudi employment and gender gap, online unter: <http://www.arabnews.com/saudi-employment-and-gender-gap>, 3. Februar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- ASSEBURG, MURIEL (Hrsg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt, Akteure, Herausforderungen, Implikationen und Handlungsoptionen, Berlin: Stiftung für Wissenschaft und Politik, online unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S27_ass_ks.pdf, Oktober 2011.
- ATWOOD, TED: Twitter usage rockets in conservative Saudi Arabia, online unter <http://www.arabiabusiness.com/twitter-usage-rockets-in-conservative-saudi-arabia-371485.html?tab=Article>, 5. Januar 2011, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- BARDEN, ANDREW J.: Saudi Minister puts young royals in succession spotlight, online unter <http://www.bloomberg.com/news/2013-02-14/saudi-minister-puts-young-royals-in-succession-spotlight.html>, 14. Februar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- COLOMBO, SILVIA: The GCC countries and the Arab Spring, Rom: Istituto Affari Internazionali (IAI), online unter: <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiw1209.pdf>, 18. März 2012.
- COMMINS, DAVID: The Gulf States, A Modern History, New York 2012.
- ERLICH, REESE: Shia Muslims in Saudi Arabia keep the protest movement alive, online unter: <http://www.globalpost.com/dispatch/news/regions/middle-east/saudi-arabia/130315/shia-muslims-saudi-arabia-protest-movement>, März 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- FÜRTIG, HENNER: Reformkampagne in Saudi-Arabien. Brise oder Sturm?, Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA), online unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0711.pdf, November 2007.
- HAYKEL, BERNARD: Saudi-Arabien sorgt mit Geld und Polizei für Ruhe, online unter: <http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article13554047/Saudi-Arabien-sorgt-mit-Geld-und-Polizei-fuer-Ruhe.html>, 19. August 2011, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- HEIBACH, JENS: Der Nationale Dialog als Instrument zur Konfliktregelung und politischen Transformation am Beispiel der arabischen Welt, Berlin: *Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft*, online unter: http://www.library.fes.de/pdf-files/ipg/2011-4/09_a_heibach_d.pdf, April 2011.
- HERRMANN, RAINER: Die Golfstaaten, Wohin geht das neue Arabien?, München 2011.
- HERMANN, RAINER: Überlebenselixier für die Monarchie, online unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nahe-osten/saudi-arabien-ueberlebenselixier-fuer-die-monarchie-12012154.html>, 2. Januar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- HERTOG, STEFFEN: A comparative assessment of labor market nationalization policies in the GCC, London: London School of Economics Research, November 2012, online unter: <http://www.eprints.lse.ac.uk/46746/1/A%20comparative%20assessment%20of%20labor%20market%20nationalization%20policies%20in%20the%20GCC%28Isero%29.pdf>, November 2012.

- HERTOG, STEFFEN: The costs of counter-revolution, online unter http://www.mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/05/31/the_costs_of_counter_revolution_in_the_gcc, März 2011, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- HUMAN RIGHTS WATCH: Denied Dignity, online unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/saudi0909webwcover.pdf>, September 2009.
- INTERNET WORLD STATS, Saudi Arabia 2012, online unter <http://www.internetworldstats.com/middle.htm#sa>, Dezember 2012, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- JANNATY, SAFI H.: Saudization program, online unter <http://www.arabnews.com/saudization-program>, 16. November 2012, zuletzt abgerufen am 27.05.2013
- KING, NEIL: Saudi Arabia could discuss issue of women drivers, online unter <http://www.arabianbusiness.com/saudi-arabia-could-discuss-issue-of-women-drivers-493510.html>, 18. März 2013 zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- KRICCKMEYER, ELLEN: Saudi - Arabien greift hart gegen Gastarbeiter durch, online unter <http://www.wallstreetjournal.de/article/SB0001424127887323296504578398433707211550.html>, 2. April 2013, zuletzt abgerufen am 27.05.2013
- “Riyadh needs 30 000 new homes per year – study”, online unter <http://www.arabianbusiness.com/riyadh-needs-30-000-new-homes-per-year-study-499258.html>, 23. April 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- RUBIN, BARRY (Hrsg.): Crises in the Contemporary Persian Gulf, London 2002.
- „Saudi Arabia builds giant Yemen border fence“, online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22086231>, 23. April 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- “Saudi Arabia’s king appoints new interior minister“, online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-20209276>, 5. November 2012, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- „Saudi Arabia king swears in first women on Shura Council“, online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-21516955>, 20. Februar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- “Saudi Arabia pays price for crackdown on foreign workers“, online unter <http://www.english.alarabiya.net/en/business/2013/04/10/Saudi-Arabia-pays-price-for-crackdown-on-foreign-workers.html>, 9. April 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- „Saudi-Arabien nimmt mehr als 170 Demonstranten fest“, online unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/politicker-saudi-arabien-nimmt-mehr-als-demonstranten-fest-1.1613841>, 1. März 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- STEINBERG, GUIDO: Ein Koloss auf tönernen Füßen, online unter http://www.de.qantara.de/wc-site.php?wc_c=3000, 14. März 2011, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.
- STEINBERG, GUIDO: Saudi-Arabien. Politik, Geschichte, Religion München 2004.
- STEINBERG, GUIDO: Thronfolge in Saudi-Arabien, Berlin: Stiftung für Wissenschaft und Politik, online unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A53_sbg_ks.pdf, November 2011.
- STEINBERG, GUIDO: Vor dem Machtwechsel. Zur Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, online unter <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/vor-dem-machtwechsel-zur-nachfolgeregelung-in-saudi-arabien.html>, Februar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.

SONS, SEBASTIAN: Nachfolgeregelung in Saudi-Arabien, Überalterung als Reformdruck?, *DOI-Kurzanalyse*, online unter http://www.deutsches-orient-institut.de/component/option,com_docman/task,doc_download/gid,126/lang,de/, Juli 2012.

“THE SAUDI COUNTER-REVOLUTION”, WASHINGTON: The Project On Middle East Political Science, August 2011, online unter http://www.pomeps.org/wp-content/uploads/2011/08/POMEPS_BriefBooklet5_SaudiArabia_web.pdf.

THOMSON, MARK C: Saudi Youth: Challenges for the Future, in: *Orient IV/2012*, S.35.

TOUMI, HABIB: Saudi scholars support role for women, online unter <http://www.gulfnews.com/news/gulf/saudi-arabia/saudi-scholars-support-role-for-women-in-shura-1.1137765>, 22. Januar 2013, zuletzt abgerufen am 15.04.2013.

POLLACK, KENNETH M. (Hrsg.): *The Arab Awakening, America and The Transformation of the Middle East*, Washington 2011.

ZAINAB, FATTAH: Saudi Arabia's Affordable Housing Shortage, online unter <http://www.businessweek.com/articles/2013-03-28/saudi-arabias-affordable-housing-shortage>, 28.März 2013 zuletzt abgerufen am 27.05.2013

Impressum

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29
doi@deutsches-orient-institut.de
www.deutsches-orient-institut.de

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Autor

Sham Jaff

Chefredaktion

Sebastian Sons

Layout

Hui Pieng Lie

Editoren

Jan Deeg
Anna Fleischer
Susen Hollmig

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Gerald Bumharter
General Manager ABC International Bank plc

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe a.D.
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheiri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun, Vorsitzende des Lehrstuhls für
Kulturgeschichte und Gender
Studies Humboldt Universität zu Berlin
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Philipp Lührs, Regional Vice President
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bernd Romanski
Vorsitzender des NUMOV
Inhaber, BJR Businessconcepts

Dr. Gerhard Schäfer
Leiter Wirtschaft und Politik a.D., Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung a.D.
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung

Präsident

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg, Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Sheikha Abdulla Al Misnad, Ph.D.
Präsidentin der Qatar University

Klaus-Uwe Benneter
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstandes im NUMOV
Vorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck
Mitglied im Beirat des NUMOV
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik
Vodafone D2 GmbH

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut „Global Consulting and Government“

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieat

Serkan Tören, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft